



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/272 - 30. November 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |   |     |
|-------|---|-----|
| 1     | Wenn Adenauer nach Paris kommt ...<br>Zum Treffen de Gaulle - Adenauer  | 37  |
| 2 - 3 | Wohin steuert die neue amerikanische Außenpolitik?<br>Vor der "kleinen" Weltreise Eisenhowers<br>Von unserem Korrespondenten in den USA | 95  |
| 4     | Im Gegensatz zu Bonn<br>Feststellungen zur Berliner Tagung des<br>Kuratoriums "Unteilbares Deutschland"<br>Von Franz Barsig             | 46  |
| 5 - 6 | Eine Chance für junge Arbeitnehmer<br>Ab Mai 1960 wird es ein Hessen-Kolleg in Frankfurt geben  | 117 |
| 7     | Der Kanzler pfliff - und Meyers gehorcht<br>Wie lange gilt ein Rütli-Schwur?  | 38  |

Wenn Adenauer nach Paris kommt ...

sp - Im Bonner Auswärtigen Amt wird Klage darüber geführt, daß kaum einer der für die deutsch-französischen Beziehungen verantwortlichen hohen Beamten genau weiß, welche Themen Bundeskanzler Dr. Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris zu besprechen gedenkt. Die Vorbereitungen zur Kanzlerreise wurden fast ausschließlich im Bundeskanzleramt getroffen; das Auswärtige Amt wurde ausgeschaltet.

Dagegen wird von französischer Seite angedeutet, auf welche Gesprächsthemen sich der französische Staatspräsident vorbereitet hat. In Paris erwartet man die volle Unterstützung Adenauers für das Bemühen und die Absicht de Gaulles, Frankreich bei der kommenden West-Gipfelkonferenz kurz vor Weihnachten eine führende Rolle einzuräumen. Dazu gehört u.a. ein ausgedehntes Mitspracherecht Frankreichs bei der Gestaltung der west-östlichen Beziehungen und bei den zwischen Washington und Moskau eingeleiteten Bemühungen um die Abrüstung. Paris erwartet auch die mindestens interne Zustimmung Bonn zur atomaren Aufrüstung Frankreichs sowie die Fürsprache Bonns bei den Amerikanern, Frankreich innerhalb der NATO-Führung einen größeren Einfluß zuzubilligen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß Adenauer diesen Wünschen de Gaulles entgegenkommen wird, zumal bei der Erörterung des Fragenkomplexes "atomare Aufrüstung" in Paris keinerlei Widerstand gegen eine spätere Beteiligung der Bundeswehr am europäischen atomaren Rüstungspool (unter Führung Frankreichs) zu erwarten ist.

De Gaulle dürfte bemüht sein, Adenauers Zustimmung für eine weitgehende Zurückhaltung der Bonner Regierung in allen Fragen zu erhalten, die das Algerienproblem betreffen. Ob der französische Staatspräsident bereit ist, - gewissermaßen als Gegenleistung - die in der offiziellen französischen Politik in letzter Zeit häufig geäußerten Gedanken zur Aufrechterhaltung des Status quo in Europa neu und weniger anstößig zu formulieren, ist noch offen.

Auf beiden Seiten jedoch scheint man entschlossen zu sein, das Verhältnis zwischen Bonn und Paris mit dem bisher üblichen "harten Kurs" und in militärischen Vorstellungen verankerten "Notwendigkeiten" bei der Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses auszubauen. Ob das so weit gehen wird, daß Paris und Bonn andere westliche Verbündete bei den Vorbereitungen und bei der Terminfestsetzung der Ost-West-Gipfelkonferenz unter Druck zu setzen gedenken, wird sich wohl erst nach dem Besuch Adenauers in Paris herausstellen.

Wohin steuert die neue amerikanische Aussenpolitik ?

Von unserem Korrespondenten in den USA

Washington, Ende November

Im "Weissen Haus" sind die Koffer gepackt: zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, bereitet sich der Präsident der Vereinigten Staaten für seine grosse Auslandsreise vor, die ihn in den ersten drei Dezemberwochen in Blitzgeschwindigkeit durch elf Länder Europas, Asiens und Nordafrikas führen soll und zwischendurch ihm Gelegenheit und Muße gewähren soll, auf der westlichen Gipfelkonferenz mit Macmillan, Adenauer und de Gaulle die gemeinsame Haltung für die Super-Spitzengespräche mit Chruschtschow festzulegen. Während die Eilbesuche in drei Kontinenten primär auf das Konto von "Guten-Willens-Reisen" zu verbuchen sind, was freilich unter Umständen ja auch sehr wichtig sein kann, gehört die Pariser Viererkonferenz zweifellos zu den diplomatischen Höhepunkten dieses an diplomatischen Begegnungen nicht gerade armen Jahres. Was sie bringen wird, kann man zur Zeit höchstens erraten; aber unter welchen neuartigen Vorzeichen und in welchem neuen Geiste sie stattfinden wird, kann man heute bereits mit einiger Präzision sagen - und seine Rückschlüsse daraus ziehen.

Gründliche Wandlung der USA-Aussenpolitik

Es ist heute bereits eine Binsenwahrheit, auszusprechen, dass die amerikanische Aussenpolitik sich gewandelt hat, und zwar recht gründlich. Das begann nicht erst mit der Ersetzung Dulles' durch Herter, sondern faktisch schon vorher: Dulles hatte in seinen letzten Amtsmonaten, wie erinnerlich, bereits "weichere" Töne angeschlagen als je zuvor. Es ist auch wahrscheinlich falsch, in Herter den Hauptschuldigen (oder Hauptverdienstvollen) dieser neuen Politik zu sehen; in Tat und Wahrheit geht der Kurswechsel auf Präsident Eisenhower selbst zurück, der unter allen Umständen seine letzten Jahre im Amt zu einer konstruktiven Friedekssicherung ausnutzen will und der fest nach den Erfahrungen von Camp David glaubt, dass die Russen - wenigstens zur Zeit - durchaus ehrlich an einer Entspannung interessiert seien. Der wieder ins Staatsdepartement zurückgeholte Russland-Experte der Amerikaner, Charles Bohlen, den Dulles nach den Philippinen verbannt hatte, vertritt die Ansicht, dass man mit Chruschtschow, im Gegensatz zu Stalin, sehr wohl reden könne, ferner macht noch der amerikanische Schatzsekretär (Finanzminister) Anderson, der heute der einflussreichste Mann im Kabinett Eisenhower ist, auf die Notwendigkeit aufmerksam, aus Gründen der geschwächten amerikanischen Zahlungsbilanz die Auslandsinvestitionen für Verteidigungszwecke zu reduzieren, was natürlich bedeutet, dass man eine entsprechend versöhnlichere Aussenpolitik betreiben muss.

"Direkte Diplomatie"

Alle diese Gründe und Elemente mögen zusammenkommen und den Präsidenten in seiner neuen Ansicht bestärken, es fortan mit der Methode der "direkten Diplomatie" zu versuchen; und obwohl dieses Experiment von einer ganzen Menge Amerikaner als bedenklich empfunden

oder gar rund heraus abgelehnt wird - worunter nicht nur Truman und Acheson zu beachten sind, sondern auch ein Eisenhower sonst so nahe-  
stehender Mann wie Vizepräsident Nixon - lässt sich doch nicht be-  
streiten, dass die sichtbare Abkühlung zwischen Moskau und Peking  
zum Beispiel deutlich zugunsten von Eisenhowers Versuch spricht, -  
ebenso wie auch die einwandfreien russisch-amerikanischen Abkommen  
über Kulturaustausch und friedliche Zusammenarbeit in der Atomforschung,  
die man ja auch, wenn auch vielleicht nur auf bescheidener Ebene, als  
positiven Beweis des neuen Kurses aufzählen kann und muss.

Man redet also wieder miteinander; die jahrelang unterbrochenen  
diplomatischen Kanäle zwischen Ost und West sind geöffnet, und Präsi-  
dent Eisenhower ist eindeutig auf die alte Linie des britischen Mini-  
sterpräsident Macmillan eingeschwenkt, geht vielleicht sogar noch über  
diesen hinaus. Freilich stösst sich die neue englisch-amerikanische  
Politik an der Bremse der französisch-deutschen Bedenken und Besorg-  
nisse, und welche von beiden Zweiergruppen sich durchsetzen wird, kann  
man vor der Pariser Besprechung der grossen Vier des Westens kurz vor  
Weihnachten nicht wissen - in der Frage des Zeitpunktes der Gipfel-  
konferenz scheinen die kontinentalen Bremser recht zu behalten, in der  
Frage der ihr vorzulegenden Tagesordnung die angelsächsischen Beschleu-  
niger. Innerhalb der westlichen Welt müssten nun eigentlich alle Leute,  
die früher die Starrheit Dulles' kritisierten und dafür eine elasti-  
schere und realistischere Haltung gegenüber Moskau gefordert hatten,  
d.h. eben das so lange fehlende echte Gespräch, höchst erfreut sein,  
dass sich ihre Forderung nunmehr erfüllt - aber im Grunde ist das doch  
nicht ganz der Fall. Denn dieses Gespräch wird ja vom Westen doch an-  
scheinend nur defensiv geführt, auf der Basis der Erhaltung des Status  
quo - und damit ist faktisch heute schon, wie man bitter aber illusions-  
los aussprechen muss, die Frage der deutschen Wiedervereinigung vom grün-  
en Tisch der diplomatischen Konferenzen gänzlich fortgeweht worden.  
Vom "Gespräch" mit Moskau soll man daher zunächst, und auf abschbare  
Zeit zum mindesten, bestenfalls eine Konsolidierung des "Status quo"  
erwarten, was ja in Bezug auf Berlin schon sehr schön wäre; aber dar-  
über hinausgehende Hoffnungen sollte man im Augenblick wohl nicht hegen.

#### Sorgen des Präsidenten

Im Augenblick: denn auf lange Sicht kann man zur Zeit keine Prog-  
nose machen. Präsident Eisenhower wird zweifellos sein letztes Jahr im  
Amt zu einer breiten Initiative mehr oder weniger kontinuierlicher  
Ost-West-Gespräche auszunutzen suchen, wobei die Resultate dieser Bemü-  
hungen heute noch gänzlich unklar sind; aber ob sein im nächsten Novem-  
ber gewählter Amtsnachfolger, wer auch immer es sein mag und welcher  
Partei er auch angehören wird, diese Politik fortsetzen oder ob der  
nächste Präsident nicht das Steuer erneut herumwerfen wird, vermag kein  
Mensch zu sagen. Der Präsident ist über diese Frage der Kontinuität  
seiner neuen Politik ernstlich besorgt, wie man hört, aber er hat kei-  
nerlei Möglichkeit, seine Ideen seinem Nachfolger aufzuzwingen. Die  
Periode der Auflockerung und Entspannung kann also, was die Amerikaner  
betrifft, sehr wohl nur ein einziges Jahr andauern: wenn die Russen  
ihre Verlängerung wollen, werden sie neue Ansätze machen müssen. Mit  
dieser begrenzten, bescheidenen und kurzfristigen Perspektive muss  
man sich demnach wohl zur Zeit begnügen.

### Im Gegensatz zu Bonn

Von Franz Barsig

Es hat zwar keine formeller Abstimmungen auf der diesjährigen Tagung des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" in Berlin gegeben, aber trotzdem steht es fest, daß das Kuratorium in einigen Punkten politische Engagements eingegangen ist. Dabei hat es sich ohne Frage im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung gestellt. Eine große Mehrheit befürwortet die Aufnahme von Ostbeziehungen, eine ebenso große Mehrheit ist für eine Intensivierung des deutsch-sowjetischen Gesprächs, und mit Mehrheit hat sich der Kongreß auch in der Frage des olympischen Flaggenstreites nicht der Argumenten der Bundesregierung angeschlossen.

Die Opposition hätte also allen Grund, mit diesem Kongreß zufrieden zu sein, wenn sie in dieser Frage parteipolitisch denken würde. Sie vermag es nicht, denn sie sieht im Kuratorium "Unteilbares Deutschland" ein überparteiliches Gremium, dem die Aufgabe gestellt ist, fruchtbare Gedanken zur Wiedervereinigung zu entwickeln und so weit wie möglich zur Verbindung zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands beizutragen. Nur weil die SPD überzeugt ist, daß in der Entscheidung des Kongresses in den drei umstrittenen Fragen auch eine Tat zur Förderung des Wiedervereinigungsgedankens geleistet worden ist, bejaht und begrüßt sie sie.

Trotzdem ist es nicht so, daß über diesen Kongreß nur eitel Freude herrschen könnte. Selbst wenn man sich nicht ein unpolitisches Kuratorium wünscht, so sollte man vor der Gefahr warnen, den sozialen Sektor zu vernachlässigen. Es ist eben mit einem künstlerischen Preisausschreiben allein nicht getan, und es reicht auch nicht aus, Berliner Kinder oder Alte und Kranke in die Bundesrepublik einzuladen. Deshalb hat man vermißt, daß auf diesem Kongreß beispielsweise nicht davon geredet wurde, ob man die Berechtigungen um Rückfahrkarten einstellen will, ob das Problem der Rentenzahlung zwischen beiden Teilen Deutschlands nicht mehr existent ist und auf dem weiteren Gebiet der Verbesserung der Verkehrsbedingungen und der Sozialfragen nur Schweigen herrscht. Hier gibt es aber viele Aufgaben des Kuratoriums, das seine Stimme erheben muß, wenn die offizielle Bonner Politik in Untätigkeit verharrt. Als beispielsweise der sowjetische Verkehrsminister Kramor mit Bundesverkehrsminister Seebach - nicht auf ministerieller Ebene - über Verkehrsfragen sprechen wollte, die für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands von großer Bedeutung waren und die Bundesregierung ein solches Gespräch verbot, da hätten wir ganz die Stimme des Kuratoriums gehört.

Wie überhaupt dieser Kongreß in die Gefahr geriet, der Emotion den Vorrang vor der sachlich nüchternen Überlegung zu geben. Aber man soll mit Menschen nicht hart ins Gericht gehen, denen man bescheinigen muß, daß sie sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes wie viele im offiziellen Bonn noch nicht abgefunden haben, sondern in denen noch der Glaube und der Funke lebendig ist und glüht, daß die Wiedervereinigung eine Tagesaufgabe ist.

\* + \*

### Eine Chance für junge Arbeitnehmer

Das Hessen-Kolleg ist eine Einrichtung, auf der junge Menschen, die eine abgeschlossene Volksschulbildung sowie eine abgeschlossene Berufsausbildung oder mindestens zwei Jahre Berufstätigkeit nachweisen können, und die etwa über den Bildungsstand der sogenannten Mittleren Reife verfügen, die uneingeschränkte Hochschulreife erwerben können. Die Bewerber für das Hessen-Kolleg sollen nicht jünger als neunzehn und in der Regel nicht älter als dreißig Jahre sein. Das für den Eintritt in das Hessen-Kolleg verlangte Wissen können sie sich in Aufbaukursen an Berufsschulen, in Fachschulen, in Volkshochschulen oder auch durch Selbststudium erworben haben. In mehrtägigen Ausleseprüfungen, die Anfang nächsten Jahres stattfinden, wird dann ihre Eignung festgestellt. Die Bewerber, deren fachliche und charakterliche Eignung - wozu auch staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein gehört - vorhanden ist, können dann vom 2. Mai 1960 an in zweieinhalb-jährigen Volksschulzeitkursen das Abitur erwerben.

Das Hessen-Kolleg stellt einen wesentlichen Teil des zweiten Bildungsweges dar, der für junge Menschen über den Beruf zur Fach- und zur Hochschule führen soll. In der Förderung dieses zweiten Bildungsweges sieht die SPD

1. die Möglichkeit einer teilweisen Korrektur der in wirtschaftlichen Verhältnissen begründeten ungleichen Startbedingungen für junge Menschen;
2. die Möglichkeit, Kenntnisse und Erfahrungen aus dem Berufsleben - die Werte der modernen Arbeitswelt überhaupt - in der höheren Bildung fruchtbar zu machen und schließlich
3. die Möglichkeit, einen Beitrag zu leisten, um die angesichts der geistigen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung zwischen Ost und West so dringend benötigten Begabtenreserven zu mobilisieren.

### Fernsehapparat statt Bildung

Untersucht man das erste Anliegen, so wird man finden, daß die Verfassung die Gleichheit der Bildungschancen postuliert. Gerade in Hessen, dem seit dem Wiedererstehen einer demokratischen Regierung sozialdemokratisch geleiteten Land, ist dazu gewiß einiges getan worden. Die Schulgeld- und die Lehrmittelfreiheit wurden frühzeitig eingeführt, auch die Förderung der Ausbildungs- und Bildungsstätten durch die Landesregierung und die in den meisten Fällen von Sozialdemokraten verwalteten Kommunen ist in der Bundesrepublik beispielhaft.

Es schmälert die Verdienste der fortschrittlichen hessischen Kulturpolitik sicher nicht, wenn man feststellt, daß diese materiellen Voraussetzungen noch immer nicht ausreichen, um den Verfassungsgrundsatz vollständig zu verwirklichen. Der höhere Schulbesuch ist vielfach noch immer abhängig von der finanziellen Leistungskraft der Eltern. Der Wirtschaftswundergeist hat eine merkwürdige Mentalität erzeugt, unter anderem den Sarg, zu verbrauchen, was angeboten wird, und vor allem, was teuer ist. Das führt nicht selten dazu, daß Kinder häufig in die Lehre oder in einen Beruf geschickt werden, um das Familiensinkommen zu erhöhen, statt sie ihren Anlagen entsprechend weiter in die Schule gehen zu lassen. Das Ergebnis dieser Einstellung ist der Besitz von Fernsehapparat und Waschmaschine und der Verzicht auf die Weiterbildung des Sohnes oder der Tochter.

Der Inhalt des väterlichen Geläbtebuchs entscheidet allzu häufig noch immer über den Ausbildungsgang des jungen Menschen. Das richtige und einzige Kriterium sollte jedoch nicht der Geldbeutel sondern die Begabung sein.

Das Hessen-Kolleg, als ein Kernstück dieses zweiten Bildungsweges, soll auch dazu beitragen, die Fähigkeiten junger Menschen zum Erkennen und zum Beurteilen unserer gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zu entwickeln. Es soll helfen, den Kreis jener, die geeignet und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, zu erweitern, und zwar aus jenen Schichten heraus, die normalerweise aus wirtschaftlichen Gründen von Führungspositionen im öffentlichen Leben ausgeschlossen bleiben.

An der Wirklichkeit orientieren

Das zweite Anliegen, eine Verbindung zwischen dem traditionellen Bildungsgang und der modernen Arbeitswelt herzustellen, wird ebenfalls durch den zweiten Bildungsweg zu einem Teil erfüllt. Bewußt knüpft dieser zweite Bildungsweg an die industrielle Arbeitswelt an und versucht, die aus den sozialen, wirtschaftlichen und technischen Bereichen zu gewinnenden Werte mit dem Wertvollsten der humanistischen Bildungsvorstellungen zu einer Einheit zu verschmelzen. Dabei müssen die Exklusivität des Humboldt'schen Bildungsideals und das Privileg, Bildung zu erwerben, gänzlich beseitigt werden. Beide Komponenten, humanistische Bildungswerte und Wertinhalt unserer heutigen Arbeitswelt, sollen einander befruchten, und alle Schichten des Volkes sollen daran teilhaben.

Das organisatorische Gesicht des zweiten Bildungsweges trägt diesen Vorstellungen Rechnung. Die Grundlage dieses Bildungsganges ist die abgeschlossene Volksschule. Es folgt der Besuch der Berufsschule, die Teilnahme an Aufbaukursen und der Besuch von Fachschulen. Auf diesen Instituten, die in der Regel zu einem technischen Examen des Ingenieurs des Maschinenbauers usw. führen, kann auch eine beschränkte Hochschulreife erworben werden. Die für alle Fakultäten gültige Berechtigung zu einem Universitätsstudium ist dagegen nur an Einrichtungen wie dem Hessen-Kolleg zu erwerben.

Wenn diese jungen Menschen, die in der Regel zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt sind, später die Universität beziehen, dann bringen sie jene nur im praktischen Arbeitsleben zu gewinnenden Erfahrungen mit, die ein Teil unseres heutigen gesellschaftlichen Lebens sind, aber an den Universitäten vielfach auf Grund der soziologischen Struktur der Studentenschaft nicht genügend zur Geltung kommen.

Auch dem dritten Anliegen, nämlich der Nutzung der Begabtenreserve, kommt die Errichtung des Hessen-Kolleges entgegen. In der Bundesrepublik besuchen heute im Durchschnitt rund achtzig Prozent aller Jugendlichen nur die Volksschule. Es gibt keinen triftigen Grund dafür anzunehmen, daß diese jungen Menschen allesamt nicht begabt genug sind, um in eine weiterführende Schule zu gehen. Auf der Hand liegt aber, daß alle Begabungen in der noch lange nicht bestandenen weltweiten Auseinandersetzung, die heute durch den sowjetischen Lunik einerseits und durch den amerikanischen Saturn auf der anderen Seite gekennzeichnet ist, gebraucht werden. Lunik und Saturn sind zweifellos die Ergebnisse breiter wissenschaftlicher Arbeit in Rußland und Amerika. Schon vor zwei Jahren studierten in Rußland, auf die Kopfzahl der Bevölkerung berechnet, mehr als doppelt soviel Menschen wie in der USA und mehr als siebenmal soviel wie in Westeuropa. Es ist nicht anzunehmen, daß sich dieses Zahlenverhältnis zu unseren Gunsten inzwischen wesentlich gebessert hat. Daraus folgt, daß wir ungeheure Anstrengungen unternehmen müssen, um nicht rettungslos ins Hintertreffen zu geraten.

Wenn man sich diese Situation vergegenwärtigt, so erscheint die Errichtung eines Hessen-Kollegs als eine kaum nennenswerte Kleinigkeit. Aber die Summe dieser Kleinigkeiten ist es, die uns Hoffnung machen kann, in dem Wettlauf zwischen der östlichen und der westlichen Welt zu bestehen.

Der Kanzler piff - und Meyers gehorcht

sp - In dem Rundfunkstreit zwischen Bund und Ländern scheint sich eine neue Entwicklung anzubahnen. Anlass dazu gab die Rede des Bundeskanzlers auf dem Parteitag der rheinischen CDU in Düren. Er hat vor diesem erlauchten Forum von CDU-Honoratioren die CDU-Ministerpräsidenten gerügt, weil sie den Mut hatten, im Rundfunkstreit zwischen Bund und Ländern Partei für die Länder zu ergreifen, wie es ihrer Stellung zukommt. Er warf ihnen mehr oder weniger Knochen-erweichung vor und zitierte sich selbst als Beispiel, wie man mit der Stärke umzugehen habe. Auf diesem Gebiete sei er - versicherte der Bundeskanzler - gar nicht so "pingelig" im Gebrauch der Macht. Dieser Versicherung freilich hätte es nicht bedurft, sie wird ihm unbe- sehen abgenommen. Im Gebrauch der Macht setzt sich Adenauer über man- che, durch den politischen Anstand und Verfassungstreue gegebene Grenzen hinweg; manchen Leuten mag dies imponieren, aber die deutsche Demokratie kann dadurch nur Schaden nehmen.

Wie rücksichtslos der Bundeskanzler seinen persönlicher Macht- willen mit dem der CDU identifiziert, hat sein Verhalten bei der Nachfolge des ersten Bundespräsidenten Professor Theodor Heuss be- wiesen. Hier setzte er sich über alle Bedenken hinweg, und er konnte es auch ungeschoren tun, da sich die CDU-Bundestagsfraktion - was freilich für die Beobachter des politischen Lebens nicht gerade neu war - als eine Fraktion ohne Rückgrat offenbarte. Will er nun die Erfahrungen, die er mit einer ihm gefügigen Fraktion machte, auch in seiner Eigenschaft als Regierungschef auf die CDU-Ministerpräsidenten der Länder übertragen?

Die erste Bresche in eine bisher geschlossene Abwehrfront ist ihm schon gelungen. Meyers, der CDU-Ministerpräsident des größten Landes der Bundesrepublik, Nordrhein-Westfalen, hat Angst vor dem eigenen Mut bekommen, er will nur, auch auf die Gefahr hin, ein Ein- zelgänger zu sein, im Rundfunkstreit den von Innenminister Schröder geäußerten Wünschen entgegenkommen, er will die Interessen seiner Partei, nur weil es der Mann aus Rhöndorf verlangt, denen seines Lan- des überordnen. Ohne auf den sachlichen Kern des Rundfunkstreites zwischen Bund und Ländern einzugehen, bleibt hier der betrübliche Ein- druck haften, dass ein Wink des Bundeskanzlers genügt, einen bis- herigen Wortführer in diesem Streit kapitulationsreif zu machen. Knochen-erweichung scheint nicht nur die CDU-Bundestagsfraktion be- fallen zu haben ...

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel